

"Klippen für Europas Handel " in Süddeutsche Zeitung (7. November 1958)

Quelle: Süddeutsche Zeitung. Münchner Neueste Nachrichten aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Hrsg. Friedmann, Werner; Goldschagg, Edmund; Schöningh, Dr. Franz Josef; Schwingenstein, August ; R Herausgeber Friedmann, Werner. 07.11.1958, Nr. 267; 14. Jg. München: Süddeutscher Verlag.

Urheberrecht: (c) Süddeutsche Zeitung

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"klippen_fur_europas_handel_"_in_suddeutsche_zeitung_7_november_1958-de-ccc2fd3c-1ddd-4485-b40a-a4c6eff9cdd7.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 15/09/2012

Klippen für Europas Handel

Von Walter Slotosch

Die Pariser Konferenz, die in der vergangenen Woche nach vielen vorangegangenen Verhandlungen noch einmal eine große Anstrengung unternahm, um wenigstens grundsätzlich einen Rahmenvertrag über die Freihandelszone zustande zu bringen, ist gescheitert. Die Enttäuschung über diesen Fehlschlag ist so groß, daß der von amtlichen deutschen Stellen während der letzten Monate mit sichtlicher Mühe aufrechterhaltene Optimismus nun mit deutlicher Verärgerung aufgegeben wird. Nicht weniger enttäuscht ist man in London. Nach einer Frist von nur knapp acht Wochen wird die britische Exportindustrie bei ihren Lieferungen in die Länder des Gemeinsamen Marktes höhere Einfuhrzölle in Kauf nehmen müssen als ihre Konkurrenz in Frankreich und in der Bundesrepublik. In der gleichen Lage der "Diskriminierten" werden sich dann freilich auch die anderen mit dem Gemeinsamen Markt Handel treibenden Länder befinden.

Ob der französische Außenminister Couve de Murville, der zur Zeit in London mit dem Foreign Office verhandelt, seine Gespräche überhaupt auf das Thema der Freihandelszone ausdehnt, ist nicht sicher. Daß vor den Ende November stattfindenden französischen Wahlen eine Initiative de Gaulles zugunsten der Freihandelszone erfolgt, ist unwahrscheinlich. Aber auch nach diesem Termin ist von Paris kaum eine größere Leidenschaft für das Projekt der Freihandelszone zu erwarten. Wenn der politische Wille vorhanden wäre, ließe sich auch ein Weg zur Lösung der technischen Probleme finden. Die Bereitschaft zu Zugeständnissen an Frankreich hat eine Reihe von Kompromißvorschlägen entstehen lassen, die aber von französischer Seite mit immer neuen Forderungen und neuen Komplikationen beantwortet wurden. So entstand der Eindruck, die Taktik der Franzosen sei darauf abgestellt, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen, vertraglichen Bindungen auszuweichen, zwar einen offenen Bruch zu vermeiden, gleichzeitig aber die praktische Mitwirkung an dieser Aufgabe zu versagen.

Die technischen Probleme, um die es bei diesen Verhandlungen im wesentlichen geht, werden durch die Koppelung des *Gemeinsamen Marktes* mit der *Freihandelszone* verursacht. Der Gemeinsame Markt wird von den sechs Ländern Frankreich, Bundesrepublik, Italien, Belgien, Niederlande und Luxemburg gebildet. Diese Länder werden im Verkehr untereinander ihre Einfuhrzölle allmählich abbauen. Der erste praktische Schritt wird zu Beginn des nächsten Jahres mit einer zehnpromzentigen Senkung der Einfuhrzölle unternommen. Von diesem Vorteil der ermäßigten Einfuhrzölle werden die übrigen elf Länder des Europäischen Wirtschaftsrats (OEEC) ausgeschlossen bleiben. Die Freihandelszone ist nun der Versuch, den Gemeinsamen Markt auf die insgesamt siebzehn Partner der OEEC auszudehnen und den Vorteil der Zollsenkung allen Partnern zuzugestehen.

Die Schwierigkeiten, die man bisher nicht überwinden konnte, entstehen nun dadurch, daß die sechs Partner des Gemeinsamen Marktes zugunsten gemeinsamer Außenzölle auf ihre zollpolitische Souveränität verzichtet haben. So weit wollen die Interessenten an der Freihandelszone aber nicht gehen. Sie sind zwar bereit, in der Freihandelszone den Abbau der Zölle mitzumachen, wollen sich aber im übrigen das Recht auf eine autonome Zollpolitik im Handel mit der übrigen Welt vorbehalten. Die daraus sich ergebenden Verschiebungen der Wettbewerbsverhältnisse auf dem Markt der Freihandelszone durch Ausgleichszölle, durch die Einführung von Ursprungszeugnissen und andere technische Methoden zu beseitigen – dies war das Kernproblem, um das es ging.

Je weiter der Abbau der Zölle auf dem Gemeinsamen Markt fortschreitet, desto stärker wird die Wettbewerbsfähigkeit der außenstehenden Handelspartner getroffen. Es ist keineswegs unwahrscheinlich, daß diese ihrerseits versuchen werden, sich dagegen zur Wehr zu setzen. Das hieße aber statt einer *Verflechtung* des europäischen Handels, seine *Aufspaltung* in zwei Blöcke herbeiführen. Die weiteren Folgen sind nicht abzusehen. Das Fortbestehen der Europäischen Zahlungsunion und des Europäischen Wirtschaftsrats wäre durchaus in Frage gestellt. Eine weitere Verschleppung des Vertrages über die Freihandelszone muß in jedem Fall zu ernststen Schwierigkeiten und Gefahren für alle am europäischen Handel beteiligten Länder führen.

Wenn wir davon ausgehen, daß die wirtschaftliche Integration Europas in der veränderten Perspektive einer

neuen französischen Außenpolitik sich vielleicht ganz anders ausnimmt als bisher, dann bleibt immer noch die nüchterne Frage, ob Frankreich ein Interesse daran haben kann, die Freihandelszone und vielleicht sogar die Lebensfähigkeit des Gemeinsamen Marktes in Frage zu stellen. Noch ist es dem Lande keineswegs gelungen, ein wirkliches Gleichgewicht in seiner Leistungsbilanz mit dem Ausland herzustellen. Nur mit Hilfe behördlicher Reglementierungen der Einfuhren und des Zahlungsverkehrs mit dem Ausland und durch erfolgreiche Goldkäufe im Inland konnte eine zeitweilige Entlastung erzielt werden. Man kann sich nicht gut vorstellen, daß Frankreich durch Ausscheren vom Kurs einer wirtschaftlichen und handelspolitischen Zusammenarbeit in Europa seine ökonomische Lage verbessern könnte. Neue große Ausgaben für die Entwicklung der Überseeländer stehen bevor. Von der wirtschaftlichen Potenz des Landes wird in hohem Maße abhängen, ob sich die außenpolitischen Ziele de Gaulles verwirklichen lassen werden.